

# Windkraft setzt in Wiesemscheid Energie frei

## Geplantes Projekt mit bis zu sechs Anlagen ruft kontroverse Reaktionen hervor

**In Wiesemscheid strebt der Gemeinderat den Bau von bis zu sechs Windrädern an. Eine Bürgerinitiative will das Projekt verhindern und sammelte nach eigenen Angaben bislang 112 Unterschriften jener Bürger, die die Planungen ablehnen.**

**WIESEMSCHIED (SB).** »Wiesemscheider Bürger gegen Windkraft im Wald«, so nennt sich die Initiative, die vor allem die Vorgehensweise des Gemeinderates kritisiert: »Anders als normalerweise zu erwarten hat der Ortsgemeinderat nicht am Anfang, sondern zum Abschluss seiner Überlegungen eine Bürgerversammlung einberufen. Erst jetzt konnten sich die Bürger mit dem Für und Wider der Windkraft auseinandersetzen.«

Ein Vorwurf, den Ortsbürgermeister Peter Scheid keineswegs nachvollziehen kann. Der Gemeinderat habe seit Juli des vergangenen Jahres seine Aktivitäten zur Planung von Windkraftanlagen mehrfach öffentlich bekannt gemacht, zählt er drei öffentliche Gemeinderatssitzungen auf, die sich mit der Thematik beschäftigt haben. »Alle Sachstände und bestehenden Planungen wurden nochmals in der Einwohnerversammlung am 23. September 2014 vorgestellt und die Unterlagen den interessierten Einwohnern zur Verfügung gestellt.« Scheid macht zudem

darauf aufmerksam, dass alle Sitzungen einschließlich der Einwohnerversammlung im amtlichen Mitteilungsblatt sowie durch Aushang an den örtlichen Bekanntmachungstafeln bekanntgegeben wurden. »Leider fanden alle Sitzungen vor fast leeren Stühlen und ohne Gegenreaktion in und nach den Sitzungen statt. Selbst in der Einwohnerversammlung wurden keine massiven Einwände erhoben.«

Dennoch fühlt sich die Bürgerinitiative nicht informiert. In ihren Augen hätte bei solch einem brisanten Thema expliziter darauf aufmerksam gemacht werden müssen. Wolfgang Stiglitz vergleicht die »gesamte Ansprache« mit der für eine Holzloseversteigerung. Währenddessen verdeutlicht Scheid, dass zum Zeitpunkt der Einwohnerversammlung noch kein Beschluss zum Vertragsabschluss mit dem Windparkbetreiber vorgelegen habe. »Das Vorgehen, erst im Nachgang zu der Einwohnerversammlung über das Ob eines Vertragsabschlusses zu beschließen, entsprach dem in allen vorgenannten Gemeinderatssitzungen mitgeteilten Vorgehen.« Die Auffassungen zum Informationsfluss sind gegensätzlich. »Zumindest hätte man, wenn man sich dem Thema von Anfang an so verbunden gefühlt hätte wie jetzt, sich frühzeitig in den Gemeinderatssitzungen informieren, sich mit dem

Gemeinderat abstimmen und diesen dazu anhalten können, sich mit den Einwänden auseinanderzusetzen«, erklärt Scheid.

Für den dauerhaften Betrieb von sechs Windkraftanlagen sollen ca. 3 ha Wald benötigt werden, was laut Bürgermeister 1,7 Prozent der Gemeindewaldfläche entspreche. »Bei der alternativen Planung von vier Windkraftanlagen würde sich der Flächenverbrauch auf ca. 2 ha Wald reduzieren.« Die Initiative erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Flächen für die Zuwegung. Überhaupt würden alle Konzepte der bisherigen Landesentwicklungsplanung, den ländlichen Raum aufzuwerten und der Entvölkerung entgegenzuwirken, konterkariert. Wer ziehe schon ins Grüne, um dann in einer Industrielandschaft mit Immissionen wie Infraschall, Lärm und Schattenschlag zu leben, fragt die Initiative. Sie befürchtet negative gesundheitliche Auswirkungen auf den Menschen. »Besonders problematisch ist dabei der Infraschall. Dabei handelt es sich um nicht hörbare niederfrequente Schallwellen«, führt die Initiative aus. Der Gemeinderat ignoriere all dies und wolle seine Natur, Tiere aber auch die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürger an einen Windparkbetreiber verkaufen. Darauf angesprochen, berichtet Scheid, dass die konkrete Ausgestaltung der

Anlage in einem öffentlichen Genehmigungsverfahren festzustellen sei. In diesem »wird unter anderem die technische Genehmigungsfähigkeit der Anlagen überprüft, ebenso müssen auch schädliche Auswirkungen auf Leib und Leben in die behördliche Entscheidungsfindung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens einbezogen werden. Weiterhin sind die Interessen aller betroffenen Interessenträger zu berücksichtigen.« Dem Gemeinderat obliege laut Scheid nicht die Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit der Anlagen. In diesem Verfahren werde die Verbandsgemeindeverwaltung beteiligt und die Kreisverwaltung als Genehmigungsbehörde den abschließenden Bescheid erlassen müssen. »Den mir am 9.12.2014 vom Sprecher der Bürgerinitiative zur Verfügung gestellten Ausdruck eines Internetartikels zum Thema Infraschall, werde ich der Verbandsgemeindeverwaltung Adenau zur weiteren Verwendung vorlegen.«

Mittlerweile hat sich der Gemeinderat für den Vertragsabschluss mit der Firma DunoAir entschlossen, da sich über 15 Monate hinweg kein grundsätzlicher Widerstand gegen die Planung von Windkraftanlagen gezeigt habe, so Scheid. Der Vertrag wird vor Unterzeichnung einer abschließenden juristischen Prüfung unterzogen.